



# SITZUNGSVORLAGE

Nr. 2 1 - V - 4 0 - 0 0 0 7  
 (Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff: Dezernat(e) III  
**Investitionsbeschleunigungsprogramm Ganztagsanspruch 2025**  
 Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

## Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

## Beratungsfolge

**DL-Nr.**  
(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> <b>wird im Internet/PIWI veröffentlicht</b>	

## Bestätigung Dezernent/in

Imholz  
 Stadtrat

## Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
- Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
- siehe gesonderte Stellungnahme

\_\_\_\_\_  
 Imholz  
 Stadtkämmerer



## B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Im Rahmen des Ausbauprogramms "Grundschulkinderbetreuung" hat die Bundesregierung ein Investitionsbeschleunigungsprogramm aufgelegt. Die Sitzungsvorlage stellt die Rahmenbedingungen und die Maßnahmen dar.

## Anlagen:

1. Aufstellung der Maßnahmen

## C Beschlussvorschlag:

Kenntnisnahme:

1. Mit der Verwaltungsvereinbarung „Finanzhilfen des Bundes für das Investitionsprogramm zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder“ wird eine Anschubfinanzierung für den Ausbau zur Verfügung gestellt.
2. Die Landeshauptstadt Wiesbaden erhält aus diesem Programm einen Betrag in Höhe von 3.607.434,24 €.
3. Die Förderrichtlinie für dieses Programm ist noch nicht veröffentlicht, bisher liegt die Vereinbarung zwischen Bund und den Ländern vor.
4. Soweit bisher bekannt, werden u. a. Planungskosten, bauliche Maßnahmen, Mobiliar sowie Spielgeräte gefördert.
5. Die Anmeldung der Maßnahmen soll bis zum 30.06.2021 erfolgen, die vollständige Abrechnung dann bis zum 31.12.2021.
6. Aufgrund der fehlenden Förderrichtlinien stellt die Umsetzung des Programms eine Herausforderung dar.
7. Mit der Sitzungsvorlage 20-V-51-0018 wurde die die Umsetzung des Programms grundsätzlich beschlossen.

Beschlussfassung:

8. Zur Wahrung der knappen Umsetzungsfristen kann das Schulamt nach Beschluss des Magistrats Aufträge für einzelne Maßnahmen der Anlage 1 bis 200.000 € und nach Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses bis 500.000 € erteilen. Mit der Auftragsvergabe zur Umsetzung der kleineren Maßnahmen kann das Schulamt dabei nach Beschluss des Magistrats beginnen.
9. Sollte eine Maßnahme nicht förderfähig sein, ist diese aus dem Budget von Dezernat III/40 zu finanzieren.

10. Dezernat III/40 wird über die tatsächlich angemeldeten und von der WiBank genehmigten Maßnahmen im Rahmen des regelmäßigen Finanzberichts berichten.

11. Die haushaltsrechtliche Umsetzung erfolgt zwischen III/20 und III/40.

## D Begründung

### I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

### II. Demografische Entwicklung

*(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)*

### III. Umsetzung Barrierefreiheit

*(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)*

/

### IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Die Bund-Ländervereinbarung wurde am 29. Dezember 2020 schlussgezeichnet. Am 26.01.2021 wurde dem Städtetag ein Entwurf der Förderrichtlinien zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern übersandt. Die Förderrichtlinien liegen noch immer nicht vor und daher kann noch nicht abschließend beurteilt werden, ob die Maßnahmen förderfähig sind.

Bekannt ist, dass Maßnahmen die ab dem 17. Juni 2020 begonnen wurden bis zum 30.06.2021 angemeldet werden können. Die Umsetzung, auch finanziell, muss bis zum 31.12.2021 erfolgen. Bis spätestens 31.08.2022 muss der Nachweis der Verausgabung gegenüber der WiBank erfolgen.

Diese Fristen sind im baulichen Bereich kaum einzuhalten. Die finanzielle Abwicklung der Projekte hängt maßgeblich an der Rechnungsstellung der Firmen. Diese verzögert sich erfahrungsgemäß in fast allen Maßnahmen.

Schuldezernat und Schulamt haben sich für die Umsetzung der in der Anlage genannten Maßnahmen entschieden, um überhaupt eine Chance zu haben, die gesetzten Fristen einzuhalten, auch wenn das Risiko besteht, dass diese nur in Teilen oder gar nicht förderfähig sind.

### V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 16.03.2021

Imholz  
Stadtrat